



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 14. Dezember 2023 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in diesem Jahr ist Deutschland in der Riege der stärksten Volkswirtschaften der Welt aufgestiegen und befindet sich auf dem dritten Platz – hinter den USA und China. Aber dieser Befund bedarf eines kritischen Blickes auf die Gründe und Einflussfaktoren.

Zum einen ist es der wirtschaftspolitischen Lage in Japan und der Abwertung des Yen geschuldet, die zu ihrem Abstieg geführt haben. Und ein Blick auf die wirtschaftlichen Daten und Indizes verrät uns: Wir haben Aufholbedarf bei Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Insofern habe ich zwar Verständnis für die gegenwärtigen Debatten wie Viertage-Woche, Zeiterfassung und Teilzeit für Einsteiger, aber finde, dass wir vor allem in Zeiten der Transformation und Herausforderungen auf eine neue Leistungskultur setzen müssen. Ich bin überzeugt, dass ein neues Ambitionsniveau vor einer inflationären Anspruchshaltung kommt. Und das bringt mich auf direktem Wege zur Ampel-Koalition in Berlin.

Ich bleibe überzeugt: Deutschland ist ein starkes Land in schwierigen Zeiten. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der terroristische Angriff der Hamas gegen die israelische Bevölkerung bestimmen die Weltlage ebenso wie die Sicherheitslage in Deutschland. Der Klimawandel verlangt nach effizienten Antworten. Inflation, Rezession und Wohnungsnot stellen Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Zudem erleben wir eine neue Migrationskrise. In dieser Situation bräuchte Deutschland eine Bundesregierung, die politische Führung übernimmt. Was wir von der Ampel bekommen: Den ersten verfassungswidrigen Bundeshalt in der Geschichte, ein Ausbau von Sozialleistungen bis zu einem Maß, das Leistungserbringung entmutigt und in der arbeitenden Bevölkerung Gerechtigkeitsfragen aufwirft. Deutschland kann es besser!

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich eine gesegnete Adventszeit und fröhliche Weihnachten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
- Politischen Islamismus bekämpfen
- Treffen mit der Geschäftsträgerin der australischen Botschaft
- Christlich-sozialer Koalitionsvertrag in Hessen mit Impulsen für Bundespolitik

75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Vor 75 Jahren verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Sie bildet das Fundament liberaler Demokratien und die Grundlage des internationalen Menschenrechtsschutzes. Die Durchsetzbarkeit internationaler und europäischer Menschenrechtskonventionen steht in Anbetracht des Systemwettbewerbs zwischen liberalen Demokratien und autokratischen Staaten vor besonderen Herausforderungen, der Schutz der universellen Menschenrechte ist mehr denn je eine Aufgabe. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe wird im ersten Halbjahr 2024 auf Initiative unserer Fraktion den Schwerpunkt seiner Arbeit darauf richten.

Standpunkt: *Die Universalität von Menschenrechten, die ihren Ausdruck in der der Menschenwürdegarantie in Artikel 1 unseres Grundgesetzes findet, wird von autokratischen Regimen herausgefordert. Mit brutaler Härte wird in solchen Systemen gegen die eigene Zivilbevölkerung vorgegangen. Gleichzeitig drohen sie aggressiv nach außen. Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine tobt seit 22 Monaten. Putin tritt die Menschenrechte des eigenen Volkes und die seiner Nachbarländer mit Füßen.*

Russland ist aufgefordert, den Krieg gegen die Ukraine sofort zu beenden sowie die Menschenrechte in Russland zu beachten. Im Iran geht das Mullah-Regime gegen die Menschen, die seit dem Tod Mahsa Aminis im September 2022 für Menschenrechte und Demokratie auf die Straße gehen, mit brutaler Härte vor. 700 Hinrichtungen allein in diesem Jahr sind eine erschütternde Bilanz – von Menschenrechten keine Spur. Nach außen setzt der Iran seine Vernichtungsrhetorik gegen Israel fort. Die Terrororganisation Hamas setzt sie um. Das Massaker an jüdischen Menschen vom 7. Oktober 2023 sind Menschenrechtsverletzungen, die denen des sogenannten Islamischen Staates gleichkommen. Noch immer hält die Hamas über 100 Geiseln in ihrer Gewalt. Wir fordern deren sofortige Freilassung. •

Politischen Islamismus bekämpfen

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Nach Jahrzehnten der Einwanderung hat heute ein Viertel der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Diese kulturelle Vielfalt kann ein Gewinn für uns alle sein, wenn sie friedlich und auf dem Boden der deutschen Gesetze, insbesondere des Grundgesetzes, verläuft. Dennoch müssen wir uns bewusst werden, dass ausländische Staaten aus ihren Ländern stammende Migranten zunehmend als Instrument der Einflussnahme nutzen:

So warnt etwa der Bundesverfassungsschutz vor „Aktivitäten türkischer Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden durch Einflussnahme auf türkeistämmige Gemeinschaften in Deutschland, die auch Auswirkungen auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess in der deutschen Gesellschaft insgesamt haben können“.

Standpunkt: *Aufgrund der Pläne der Ampel-Bundesregierung zur noch leichteren Einbürgerung, insbesondere unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit, droht perspektivisch eine Verschärfung dieser Entwicklung. Ausländische Staaten können auch Religion zur illegitimen Beeinflussung der in Deutschland lebenden Migranten instrumentalisieren. Der deutsche Staat muss sicherstellen, dass ausländische Regierungen hierzulande nicht über religiöse Einflussmöglichkeiten verfügen, die dem deutschen Staat selbst Kraft der Verfassung zurecht verwehrt ist.* •

Im Gespräch mit Australiens Geschäftsträgerin

In dieser Woche hatte ich die Freude, die Geschäftsträgerin der australischen Botschaft in Berlin, Kate Luxford, zu einem persönlichen Austausch in meinem Büro zu begrüßen. Im Mittelpunkt standen neben den vorläufig abgebrochenen

Verhandlungen zu einem gemeinsamen EU-Australien-Freihandelsabkommen die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Indopazifik im Fokus. Australien ist einer unserer wichtigsten Wertepartner auf der Südhalbkugel und teilt - trotz der enormen geografischen Entfernung - viele gemeinsame Interessen mit uns.

Gerne erinnere ich mich an den Besuch des früheren Botschafters Philip Green vor zwei Jahren in Weilburg zurück. Seit Juli dieses Jahres vertritt er die Interessen seines Landes in Indien. Bis zur Ernennung eines neuen Botschafters fungiert die Geschäftsträgerin ("Chargé d'affaires") als Leiterin der Auslandsvertretung. •



Die gute Nachricht der Woche
**Christlich-sozialer
Koalitionsvertrag in
Hessen steht.**

In Deutschland als föderalem Bundesstaat besteht die gesetzgebende Gewalt aus zwei unabhängigen Kammern. Neben dem Bundestag als Herzkammer der Demokratie wirken die Länderregierungen über den Bundesrat an Bundesgesetzen mit. Ich freue mich, dass mit der Fertigstellung des Koalitionsvertrages der Grundstein gelegt wurde, damit Hessen ein starker Impulsgeber auch für die Bundespolitik sein wird. In meinem Wahlkreis freue ich mich sehr auf die Zusammenarbeit mit den Landtagsabgeordneten Holger Bellino, Andreas Hofmeister, Sebastian Sommer und Christian Wendel. •